

Plenarprotokoll

142. Sitzung

Freitag, 24. Februar 2017

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Energiewende und zum Klimaschutz in Schleswig-Holstein 11914

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 18/4388

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4300/drucksache-18-4388.pdf>

Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses

Drucksache 18/5107

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/5100/drucksache-18-5107.pdf>

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes 11914

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/5161

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/5100/drucksache-18-5161.pdf>

c) Einseitige Belastung des Nordens beenden – Netzentgelte bundesweit ausgleichen 11914

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/5128

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/5100/drucksache-18-5128.pdf>

Angelika Beer [PIRATEN] 11920

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Zurück zur Tagesordnung: Wir haben alle die Meldungen über das meldepflichtige Ereignis im Kernkraftwerk Brokdorf mitbekommen. Robert Habeck hat zu Recht

darauf hingewiesen, dass unter diesen Umständen ein Weiter-so oder ein Wiederauffahren nicht verantwortbar ist.

Der Beschluss zum Atomausstieg kam spät. Störfälle wie dieser zeigen aber deutlich, wie notwendig dieser Beschluss war und weiterhin ist. Aus diesem Grund ist die Energiewende nicht nur eine ideologische Utopie, sondern dringend notwendig. Wir PIRATEN begrüßen grundsätzlich das Engagement für den energiepolitischen Wandel unserer Gesellschaft und der Energiewirtschaft.

Leider findet diese Energiewende ohne die Menschen statt. Es werden sehr ambitionierte Ziele ohne Rücksicht auf Menschen, Tierwelt und unsere Kulturlandschaft vorgegeben. Statt die Menschen aktiv in die Diskussion über den Ausbau erneuerbarer Energien einzubeziehen und mitbestimmen zu lassen, werden im Rahmen der Landesplanung Tatsachen geschaffen.

- Wir PIRATEN wünschen uns mehr **Bürgerbeteiligung** bei der **Landesplanung**. Wir unterstützen deshalb auch die Volksinitiative „Mitbestimmung“, die sich klar und deutlich gegen eine Energiepolitik mit der Brechstange ausspricht.

Die Energiewende ist ein Mammutprojekt. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, damit es ein wirklicher Erfolg werden kann. Aus diesem Grund begrüßen wir, dass das im Landesplanungsgesetz eingefügte Moratorium bis zum 1. Oktober 2018 verlängert werden soll.

Eine erfolgreiche Energiewende bedarf einer konsequenten Energiewendestrategie, wie sie zum Beispiel Dänemark hat, aber in unserem Land fehlt. Auch die hier vorliegenden Entwürfe enthalten keine solche Strategie. Das starre und dogmatische Festhalten an theoretischen Ausbauzielen, die im Gesetz stehen, lehnen wir ab.

Der Bedarf an erneuerbaren Energien wird sich in den nächsten Jahren gravierend ändern. Derzeit kann Schleswig-Holstein 100 % seines Strombedarfs selbst decken. Wie hoch wird aber der Bedarf sein, wenn erneuerbare Energie auch in die Wärmesysteme übertragen wird, wie es das Ministerium will? Wie sieht der Energiebedarf aus, wenn die Energiewende beim ÖPNV und Individualverkehr - Stichwort E-Mobilität - stattfindet und die Menschen Strom statt fossiler Brennstoffe brauchen? Ist dann das Ziel von 300 % überhaupt noch realistisch?

Wir sehen noch einen Punkt sehr kritisch: Der **Emissionshandel** führt nicht zu einer Reduktion der CO₂-Einspeisung, im Gegenteil: Die von uns allen begrüßte Energiewende führt nur dazu, dass auf dem Markt ein Überschuss an preisgünstigen CO₂-Zertifikaten existiert. Derzeit kostet ein Zertifikat 5,09 €. Glauben Sie wirklich, dass dies ein Anreiz für die CO₂-intensive Industrie ist, den Ausstoß zu reduzieren? Uns fehlt dieser Glaube vollständig.

Ein Wort zu **Europa**: Auch das Europäische Parlament hat es versäumt, dieses Instrument zu optimieren. Statt dem Markt jährlich 4,7 % der Zertifikate zu entziehen, einigten sich die Parlamentarier auf einen Wert von nur 2,2 %. So ist der Emissionshandel ein klimapolitischer Ablasshandel und weit davon entfernt, eine europaweite Energieunion auf den Weg zu bringen.

Dieses Vorhaben sollte nicht durch den massiven und rücksichtslosen Ausbau der Windkraft forciert werden. Wir sehen Optimierungspotenzial und erwarten, dass die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger nicht nur angehört und wahrgenommen, sondern auch umgesetzt und berücksichtigt werden.

Wir werden dem Gesetzentwurf aufgrund der kritischen Punkte nicht zustimmen, sondern uns enthalten. Bei der Verlängerung des Moratoriums haben Sie hingegen unsere volle Unterstützung. – Danke für die Aufmerksamkeit.

Beschluss:

1. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4388 in der Fassung der Drucksache 18/5107
2. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/5161 an den Innen- und Rechtsausschuss
3. Annahme des Antrags
Drucksache 18/512811929

Schleswig-Holstein bekommt ein eigenes Klimaschutzgesetz

Der Landtag macht sich für eine faire Lastenverteilung bei der Energiewende stark. Fraktionsübergreifend unterstützte das Plenum einen Vorstoß der Koalitionsfraktionen, der bundesweit einheitliche Netzentgelte einfordert. Derzeit

zahlen Schleswig-Holsteiner mehr Geld für den Stromtransport als etwa die Bürger in Bayern oder Hessen. Für Streit sorgte dagegen das in Zweiter Lesung gegen die Stimmen der Opposition verabschiedete Energiewende- und Klimaschutzgesetz der Landesregierung.

http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/50/debatten/05_19_30.html